

Pressemitteilung

Zugang zu Bildung

Lydia Klinkenberg sichert ukrainischem Amtskollegen Unterstützung zu

Die ostbelgische Bildungsministerin Lydia Klinkenberg (ProDG) hat dem ukrainischen Bildungsminister Shkarlet Serhii die volle Unterstützung der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Kinder und Jugendliche, die aus der Ukraine fliehen, zugesagt. Es wurden eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um sich auf die Ankunft der Flüchtlinge im Bildungswesen und in der Kinderbetreuung vorzubereiten.

In einem Brief wandte der ukrainische Minister sich an die Bildungsministerin der Deutschsprachigen Gemeinschaft, um Unterstützung für ukrainische Kinder und Jugendliche zu beantragen. In ihrem Antwortschreiben sprach Ministerin Lydia Klinkenberg ihm ihr tiefes Mitgefühl aus und bekundete ihre volle Solidarität dem ukrainischen Volk und all jenen gegenüber, die unschuldig unter diesem Krieg leiden. Weiter bekräftigte sie die Bereitschaft der Deutschsprachigen Gemeinschaft, den Geflüchteten Zugang zur Bildung zu gewähren und sie bestmöglich zu unterstützen. „Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens hat die russische Invasion in der Ukraine offiziell verurteilt und die Erklärung zur Lage der Kinder in der Ukraine unterzeichnet. Wir haben bereits eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um uns auf die Flüchtlinge aus der Ukraine vorzubereiten. Wir werden dafür sorgen, dass ukrainische Flüchtlinge im Einklang mit den Kinderrechten Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Bildung haben“, teilt sie im Antwortschreiben mit.

Im informellen EU-Bildungsministerrat am 15. März 2022, dem ausnahmsweise der ukrainische Bildungsminister beiwohnte und an dem Ministerin Klinkenberg stellvertretend für Belgien teilnahm, bekräftigte sie dies erneut.

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft rechnet derzeit mit der Ankunft von mehreren Hundert Kindern bis Ende April und hat entsprechende Vorbereitungen getroffen, um alle Kinder nicht nur schulisch bestmöglich zu fördern, sondern sie auch darüber hinaus zu begleiten:

- **Sprachförderung:** Die schulpflichtigen ukrainischen Kinder und Jugendlichen, die die Unterrichtssprache nicht beherrschen, besuchen Sprachlernkurse oder Sprachlernklassen. Um den zusätzlichen Bedarf an Lehrern für Sprachlernklassen zu decken, wurden die Personalmitglieder, die noch über zeitliche Ressourcen verfügen und Interesse haben, aufgefordert, sich bei ihren Trägern zu melden. Für Personalmitglieder, die noch nicht über die erforderliche Qualifikation verfügen, wird kurzfristig eine Weiterbildung und im Herbst eine neue Auflage der Ausbildung in Deutsch als Zweitsprache in Kooperation mit der TU Dortmund organisiert.
- **Schülerbeförderung:** Die Deutschsprachige Gemeinschaft wird bei Bedarf und im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten eine Schülerbeförderung für die erstankommenden Schüler gewährleisten.
- **Übersetzungsdienst:** Der soziale Übersetzungsdienst Traduko wird den Schulleitern auf Anfrage Übersetzer für die ukrainische Sprache zur Verfügung stellen.
- **Sozio-emotionale Begleitung:** Kaleido Ostbelgien verfügt bereits über Angebote zur Begleitung von geflüchteten Menschen und Betroffenen. Der Dienst arbeitet derzeit weitere Maßnahmen aus. Nicht nur geflüchtete Personen, auch ostbelgische Eltern, Schüler und Lehrkräfte können auf die Begleitung und Beratung von Kaleido zurückgreifen.
- **Unterrichtsmaterialien:** Die Fachberatung Medien der AHS hat pädagogisches Material zum Krieg in der Ukraine zusammengetragen, auf das die Lehrkräfte zurückgreifen können. Die Angebote sind einsehbar auf der Webseite www.medien-fachberatung.be. Auch das Institut für Demokratiepädagogik hat eine aktuelle Sammlung mit Informationsangeboten zum Krieg in der Ukraine erstellt: <https://idp-dg.be/2022/03/09/krieg-in-der-ukraine/>. Info-Integration ist die offizielle Beratungsstelle für Integration, Migration, Flucht und Asyl und bietet für Schulen neben Materialien auch Animationen zu Themen wie „Menschenrechte“ und „Flucht und Asyl“ an.
- **Kinderbetreuung:** Die Regierung ist darauf vorbereitet, Ausnahmegenehmigungen zu erteilen, um bei Bedarf die Aufnahmekapazität der bestehenden Kinderbetreuungsstrukturen von 0-12 Jahre kurzfristig zu erhöhen. Es wird zudem derzeit geprüft, ob eine Kinderbetreuung in den Empfangszentren eingerichtet werden kann, um den Müttern Behördengänge zu ermöglichen.

„Da die Geflüchteten keiner Meldepflicht unterliegen, sind wir nicht in der Lage, Kontakt zu ihnen aufzunehmen. Es ist daher wichtig, dass die Eltern oder Gastfamilien sich proaktiv bei den Schulen melden, damit wir die Kinder beschulen können“, betont die Ministerin abschließend.

Sie dankt dem Zentrum für Förderpädagogik, das in seiner Trainingswohnung eine ukrainische Familie beherbergen wird, und allen Ostbelgierinnen und Ostbelgiern für die große Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung.